Viele Wege führen zum Rassismus

Kommentar

von Michael Kühl

Die reißerischen Bilder in den Zeitungen und die nicht minder gewaltfördernden Meldungen über ausländerfeindliche Tendenzen, die uns nahezu täglich über den Äther ins Ohr gesäuselt werden, dienen anscheinend zu nichts anderem, als faschistoide Praktiken zu fördern und das eigentliche Problem unter den Tisch zu kehren. Johlende und beifallklatschende Eltern, die ihre von im wiedervereinigten Deutschland an den Hebeln der Macht sitzenden Politikern angestachelten Sprößlinge unterstützen, wenn es darum geht, mit Steinen und Molotow-Cocktails den Flüchtlingen in Asylantenheimen den Garaus zu machen: Sie sind - entsprechend aufgemacht - ein hervorragender Kassenschlager, wen es darum geht, nach dem Prinzip des maximalen Profits zu verfahren, der auf dem Rücken wehrloser Minderheiten verdient wird. Die selbsternannten Vollstrecker, die sich teilweise als »Bürgerwehr« verstehen, werden in ihren Machenschaften bestätigt, da sie als das hingestellt werden, was sie tatsächlich sind: widerwärtige Rassisten.

Wie die Tiere fallen sie über ihre Opfer her, unfähig, den Verstand zu gebrauchen, aufgeputscht von raffiniert operierenden Faschisten, die durch die Untätigkeit unserer fragwürdigen Volksvertreter zu Erfüllungsgehilfen der Regierenden gemacht werden. Wenigen Zeitgenossen jedoch scheint es in den harten Schädel zu gehen, daß das Volk im Sinne einer Kopfsteuerung zu einem Werkzeug politisch fehlgeleiteter Regierungschaoten gemacht wird, zu einem Gebrauchsgegenstand, der dem alleinigen Zweck dienen soll, den »Auswärtigen« eine gehörige Abfuhr zu erteilen, wenn es darum geht, ihnen einen Platz in unserem Land zuzuweisen. Statt den Zugereisten ein faires und vor allem zügiges Aufnahmeverfahren zu gewähren, werden sie über extrem lange Zeiträume hinweg im Ungewissen gelassen, wie letztendlich die Entscheidung über eine Aufnahme in diesem unserem Lande ausfallen wird.

Den (deutschen) BürgerInnen soll also suggeriert werden, daß es sich die Flüchtlinge auf Ihrer Tasche bequem machen und, anstatt gefälligst einer Arbeit nachzugehen, in den lieben langen Tag hineinleben. Um die bürgerliche Haßkappe zu komplettieren, wird dann von einer »Überfüllung des Landes« oder gar »Überfremdung« gesprochen. Wörter, die sich nur allzu leicht in »Verniggerung« oder »Verzigeunerung« umwandeln lassen. Um diesem Standpunkt den nötigen Nachdruck zu verleihen, werden die Verzweifelten in Heime gepfercht, die von der Räumlichkeit niemals den Zustrom angemessen beherbergen können.

Werden beispielsweise 1.500 Menschen wie Vieh in eine Unterkunft gezwängt, die eigentlich nur für die Hälfte gedacht war, wird so der Eindruck vermittelt, daß die Kapazitäten erschöpft sind, was in so einem Fall auch tatsächlich zutrifft, jedoch nicht bedeuten kann, daß es nicht möglich wäre, diesem Zustand Einhalt zu gebieten, indem man die Räumlichkeiten einfach erweitert und somit den erforderlichen Platz schafft. Dafür fehlt freilich das Geld, wird doch der Mammon dringend für das Projekt »Aufschwung Ost« benötigt oder - was sicherlich noch wichtiger ist - für die Verteidigung, die vielleicht eines Tages in Angriff umfunktioniert wird.

Daß diese Zustände eines Tages zur Eskalation führen mußten, kommt nicht von ungefähr, denn viele der gebeutelten WählerInnen kennen keine Gnade, wenn es darum geht, einen Sündenbock für die eigene Unzufriedenheit zu finden. Und dieser ist schnell ausgemacht: Wären die Fremden nicht hier, könnte man ein sorgenfreies Leben führen, meint man/frau. Daß mit dieser Einstellung messerscharf kalkuliert wurde, beweist die Tatsache, daß nach den Ereignissen in Hoyerswerda nicht umgehend geeignete Maßnahmen getroffen wurden (soziale Betreuung »gefährdeter Jugendlicher«), um dem Mob das »Argument« zu nehmen. Statt dessen wird ganz einfach die Lügenkonstruktion verbreitet, daß die Flüchtlinge schuld an der Misere seien: Wir haben halt zu viel von ihnen, man muß die BürgerInnen doch verstehen, irgendwann platzt jedem der Kragen.

Verständnis für Henker und Schlächter.

Da nun Probleme dazu da sind, von zwielichtigen Politikern gelöst zu werden, hat man auch schnell einen Vorschlag zur Hand: Das sogenannte Asylgesetz müsse schleunigst geändert bzw. ergänzt werden. Das Boot sei schließlich zum Bersten gefüllt und es müßten geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um den Zug der Humanität (besonders für die militanten Nationalisten) in ein rasantes Rollen zu bewegen. Leider übersehen viele WählerInnen anscheinend, daß sich dieser Zug nach und nach mit ansteckender Kloake füllt, die selbst einige Vertreter der toleranten Liberale zu überschwappen droht. Die Bonner Agisten sollten beim Nachwinken Vorsicht walten lassen - ein Zug kann nämlich auch rückwärts fahren.

Die Realisierung der »geeigneten Maßnahmen« dürfte angesichts der angespannten Situation kein Problem mehr sein; anscheinend erklärt sich nun auch die Führungselite der SPD zu entsprechenden Zugeständnissen bereit, mit den Konservativen konform zu gehen.

Fazit: Man hat erreicht, was anscheinend eiskalt geplant war: Den Ausländern den Schwarzen Peter unterzujubeln. Der Mob ist aufgewiegelt und in der entsprechenden Stimmung. Teile der Opposition - angebliche »Sozialdemokraten« - sind weichgekocht und aufgrund ihrer machtgeilen Karriere-Gier zu allem bereit; nun läßt sich seelenruhig handeln.

Wer nun aufgrund dieser Tatsachen immer noch behauptet, daß unsere Politiker versagt haben, darf sich nicht wundern, eines Tages eventuell als Lügner dazustehen, sollten die Auslegungen über den geplanten Säuberungs-Coup zutreffen: Schließlich ist der Asylparagraph in seiner jetzigen Fassung vielen Politikern ein schmerzhafter Dorn im Auge. Vielleicht wird es eines Tages gelingen, den Mob an die richtige Adresse zu verweisen: »Die Ausländer sind die falsche Adresse - haut den Politikern auf die Fresse«, las ich kürzlich auf einem Transparent. Sollte dieser Fall tatsächlich eintreffen, wird zur Abwechslung mal eine Wahrheit ins - im wahrsten Sinne des Wortes - rechte Licht gerückt: »Wehrt Euch!« und »Deutschland erwache!« heißen doch schließlich die vielversprechenden Kampfdevisen der Neonazis. Die äußerste Rechte hat die Zeichen der Zeit erkannt. Es wird in der Tat für viele allerhöchste Eisenbahn, aus dem Dornröschenschlaf zu erwachen und die braun angehauchten, untätigen Kampfrhetoriker von der Bonner Bühne zu fegen. Dadurch könnte vermieden werden, sich eines Tages nicht wieder auf eine bekannte Ausrede berufen zu müssen: Von alledem nichts gewußt.

Wie nun allseits bekannt sein dürfte, bietet Protest herzlich wenig Erfolg - Widerstand ist gefragt, um den eklatanten Mob ruhigzustellen. Widerstand muß natürlich nicht in Mord und Totschlag gipfeln, sondern könnte sich beispielsweise durch eine »Protestwahl« zugunsten ausnehmend friedfertiger Parteien ausdrücken: Das wäre der Weg des geringsten Aufwandes. Doch wer die Welt verändern will, muß zunächst bei sich selbst anfangen. Es gilt, das Schweigen zu brechen und jedem mit vernünftigen Argumenten übers Schandmaul zu fahren, der über wehrlose Minderheiten hetzt, die - von Kriminellen einmal abgesehen - nichts dafür können, benachteiligt zu sein. Die Gesellschaft braucht eine starke Liberale, die ideologiefrei lebt und leben läßt. Es darf niemals einen Grund geben, sich nicht mit den »Randerscheinungen« zu solidarisieren. Es liegt an uns, ein friedliches Miteinander zu gewährleisten, denn wir sind nicht nur jung, sondern in erster Linie das kritische Volk.